

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Bestellung ohne Postgebühren monatlich 5.- M., bei Zustellung unter Strichband 6.- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzustellungsliste für 1919 eingetragene Zeitung.

Insoweit stehen die achtgepalten Nonpareilzettel oder deren Raum 1,20 M., Wortzettelgen das fertige Druckwort 50 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Leerungszuschlag 70 Proz. Bei Familien- u. Veranlassungsangelegenheiten fällt der Zuschlag fort. Injuncta für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 16. Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Russisch-estnische Verhandlungen.

Russische Friedensunterhändler in Reval.

Amsterdam, 8. September. „Times“ meldet aus Helsingfors, daß bolschewistische Unterhändler mit Friedensanträgen für Estland in Reval eingetroffen sind. Die Anträge umfassen die Anerkennung der Unabhängigkeit Estlands, Unverletzlichkeit seiner Landesgrenzen und die Heimbeförderung der estländischen Bevölkerung. Die Bolschewisten stellen nur die eine Gegenforderung, daß Estland von den Einreden der Bolschewisten nicht als Basis gebraucht werden darf. Das estländische Kabinett hat beschlossen, Unterhandlungen anzuknüpfen. Die russischen Behörden drängen darauf, daß die Unterhandlungen nicht auf estländischem Gebiet stattfinden, um damit eine Propaganda der bolschewistischen Abgesandten vorzubeugen.

Die britischen Pläne in Nordrußland.

H. N. Haag, 8. September. Aus London wird gemeldet: Im Zusammenhang mit der russischen Politik der britischen Regierung unternimmt der „Daily Express“ einen neuen Angriff auf Churchill. Das Blatt behauptet ein Interview, das der britische General Ironside dem Vertreter einer russischen Zeitung gab und in dem er einen großzügigen Angriffsplan entwickelte. Das Interview wurde in der britischen Soldatenzeitung in Archangelsk abgedruckt, doch in der britischen Soldatenzeitung dieser Nummer sofort nach Erscheinen von der Militärverwaltung beschlagnahmt und vernichtet. Dem „Daily Express“ war es dennoch gelungen, ein Exemplar dieser Soldatenzeitung in die Hände zu bekommen. Der Plan des Generals bestand in großen Zügen darin, das russische Kabinett aus Sibirien nach Archangelsk zu überführen, wo die britischen Truppen als Reserve bleiben sollten. Durch diese Maßnahme sollte es möglich gemacht werden, Wolgoda und Peking zu erobern und nach dem Zentrum und dem Süden vorzuziehen.

Der bulgarische Friedensvertrag.

Paris, 7. September. „Petit Parisien“ bestätigt, daß der bulgarische Friedensvertrag im Prinzip festgesetzt ist. Das Blatt gibt einige Einzelheiten. Serbien habe eine Grenzberichtigung in Nordosten in der Richtung auf Sofia erhalten; auch das Anlie der Strumitsa werde ihm zugesprochen werden. Griechenland erhalte die Strumitsa. Man suche nur noch eine Lösung, um Bulgarien einen Zugang zum Ägäischen Meer zu sichern. Die Frage der bulgarischen Dobrudschas werde gar nicht berührt, da der Oberste Rat keine feindliche Macht zusprechen könne. Wenn Rumänien sich auf direktem Wege später mit Bulgarien verständigen wolle, so liege dem nichts im Wege.

Gewerkschaftliche Besprechungen über den Wiederaufbau.

Paris, 8. September. W. T. D. meldet: In der Frage der Beteiligung deutscher Arbeiter beim Wiederaufbau Frankreichs, über die mit der französischen Regierung in den wesentlichen Punkten Einverständnis besteht, haben am 6. September direkte Besprechungen zwischen einem Vertreter der deutschen Gewerkschaften und den Vertretern der Confédération Générale du Travail und des französischen Bauarbeiterverbandes begonnen. Voranständig wird in der nächsten Woche die erste informativische Besichtigung des zerstörten Gebietes stattfinden können.

Der französische Finanzminister über die Wiedergutmachung.

Bei der Fortsetzung der Kammerdebatte über den Friedensvertrag führte der Finanzminister Aloy aus, daß die Alliierten bei der Entscheidung bis an die äußerste Grenze des für Deutschland Erträglichen gehen müßten. Aloy schätzte die Gesamtsumme der Kriegsausgaben auf etwa über tausend Milliarden. Frankreich erhalte die Bezahlung und Wiedergutmachung der Schäden in der Form von Wiederbekämpfung und Sicherung von Arbeitskräften.

Nach wie vor die Wichtigkeit der Kaufleute hin, die die Bezahlung der Schäden und der Pensionen vorziehen, was einer Summe von zwanzig Milliarden gleichkomme, die an Frankreich allein zu zahlen sein würde. Deutschland werde insgesamt 875 Milliarden bezahlen und sich seiner Schuld in einem Zeitraum von 36 Jahren entledigen können.

Weiter sprach der Redner über die getroffenen Maßnahmen, um die Bezahlung der Jahresraten durch Deutschland sicherzustellen. „Wir werden“, so erklärte er, gegenüber Deutschland eine tatkräftige Politik führen. Immerhin werden wir ihm behilflich sein, seine Erzeugungsmittel zu entfalten, um ihm die Möglichkeit zu geben, seine Schuld abzutragen.

Nach einer späteren Mitteilung befragte darauf der Generaldirektor des Budgets Marin, daß Frankreich von Deutschland nur in Produkten entschädigt werde. Das veranlaßte den Minister Loucheur zu einer scharfen Entgegnung, indem er sagte, Ware seien auch Geld. Die Diskussion wurde hierauf auf Dienstag vertagt.

Unter diesen Umständen ist es zweifelhaft geworden, ob die Abstimmung über die Ratifizierung schon Ende der Woche erfolgen kann, da zweifelsohne Minister Loucheur die Sitzung am Dienstag dazu verwenden wird, die wirtschaftlichen Friedenskaufleute zu erläutern.

Die Gefangenenerlöse.

14 000 Mann eingetroffen.

Berlin, 8. September.

In der ersten Septemberwoche kamen auf dem Bahnhof Deutz sieben englische Sonderzüge mit rund 7000 und zwei französische Lazarettzüge mit rund 1000 deutschen Kriegsgefangenen an, für vier auf Englands mit Dampfer über Rotterdam 4000, über Koblenz—Mainz je 1000 Mann aus französischer Gefangenschaft, zusammen also 14 000 Gefangene.

Der baltische Knoten.

Zum Notenwechsel der Reichsregierung mit der lettlandischen Vertretung in Sachen der Vorfälle in Riga erfahren wir noch folgendes:

Die Note des Reichsministers Müller, die in den Sonnabend-Blättern veröffentlicht wurde, wurde u. a. von der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ als deutsche Protestnote aufgeführt und in der Ueberschrift als solche bezeichnet. Tatsächlich stellte diese Note die Antwort des Reichsministers auf einen Protest der lettlandischen Mission dar, der am 28. August erfolgte und folgenden Inhalt hatte: Die lettlandische Mission übermittelte ein Telegramm des lettischen Ministers des Auswärtigen, Meyerowitsch, der die bekannten Ausschreitungen in Riga mitteilte. Indem die lettlandische Mission diese Vorgänge der deutschen Reichsregierung zur Kenntnis brachte, erklärte der Chef der lettlandischen Mission, W. Schreiner, folgendes:

„Von der lettlandischen Regierung bin ich beauftragt, bei der deutschen Reichsregierung Protest zu erheben gegen diese unerhörten Gewalttaten ihrer Truppen und bitte um Antwort auf die Frage, welche Maßnahmen die Reichsregierung getroffen hat und zu treffen gedenkt, um diesem nicht länger zu erduldenen Zustand ein sofortiges Ende zu bereiten.“

Nach diesem lettlandischen Protest erfolgte alsdann die Mitteilung des Reichsministeriums des Auswärtigen, die am vergangenen Sonnabend durch die Presse bekannt wurde.

Gute Zeiten für Mörder!

Der Mörder Marloh verhaftet und wieder verschwunden.

Wie uns mitgeteilt wird, ist der Mörder der 22 Matrosen in der Französischen Straße, Oberleutnant Marloh, am Freitag abend in das Garnisonlazarett I in der Scharenborststraße, eingeliefert worden. Sein Aufenthalt dort hat aber nur kurze Zeit gedauert, denn bereits am Sonnabend ist er von einem Auto wieder abgeholt worden. Sein jetziger Aufenthalt ist unbekannt.

Parlamentarismus und Antiparlamentarismus.

Die Reichskonferenz der Unabhängigen Sozialdemokratie, die heute in Berlin zusammentritt, ist eine Zusammenkunft von Vertrauensleuten der Partei, die lediglich der Beratung der wichtigsten politischen Fragen sich zu widmen, aber keine Beschlüsse zu fassen hat. Ein Parteitag kann die allgemeine Parteidiskussion darüber beenden, indem er richtunggebende Entscheidungen trifft, die von den Parteigenossen im Lande zu beachten sind. Eine Reichskonferenz dagegen kann nur die Diskussion beleben und zur weiteren Orientierung der Parteigenossen im Lande beitragen. Unerklärlich erscheint es uns, wenn Genosse Kurt Geyer in einem Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ — der wohl nur deshalb entgegen den sonstigen Gepflogenheiten des Blattes mit dem Namen des Verfassers gezeichnet worden ist, weil er mit seinen Auffassungen in der Redaktion allein steht — die heute beginnende Reichskonferenz als „ziemlich zwecklos, ja schädlich für die Klärung innerhalb der Partei“ bezeichnet. Die Masse der Parteigenossen muß selbstverständlich die letzte Entscheidung fällen. Und weder die Reichskonferenz noch irgendeine andere Instanz in unserer Partei hat auch nur im entferntesten das Bestreben, den Massen diese Entscheidung aus der Hand zu nehmen.

Die Unabhängige Sozialdemokratie konnte bei ihrem Entstehen schon deshalb nicht die Geschlossenheit und Einheitlichkeit zeigen, weil sie in der Kriegszeit aus der Opposition gegen die Kriegspolitik der Rechtssozialisten entstanden ist. Es waren verschiedene Auffassungen, die sich in den Reihen der Opposition sammelten und bei der Gründung der Unabhängigen Sozialdemokratie ein schubendes Dach bei unserer Partei suchten. Während des Krieges war eine gründliche Auseinandersetzung über die grundsätzlichen und praktischen Fragen nicht möglich, sie konnte erst dann beginnen, als eine freie Meinungsäußerung wieder möglich war. Auch die hinter uns liegenden Monate der Revolution liehen uns nur wenig Zeit, diese Auseinandersetzung fortzusetzen und zu beenden. Deshalb erscheint es dem oberflächlichen Beurteiler, als ob sich gerade jetzt, wo es an aufregenden äußerlichen Begebenheiten fehlt, sich in unserer Partei besonders scharfe und tiefgehende Meinungsverschiedenheiten ergeben hätten.

Von den Problemen, die die Partei bewegen, muß die Frage über unsere künftige Teilnahme am Parlamentarismus zuerst diskutiert werden, weil sie uns höchstwahrscheinlich auch zuerst praktisch beschäftigen wird. Geyer und mit ihm Däumig spitzen diese Frage auf die Alternative zu: Rätesystem oder Parlamentarismus? Sie verlangen, daß die Partei die parlamentarischen Möglichkeiten höchstens dazu benütze solle, um die Massen durch Fanfarenstöße zu sammeln und anzuspornen. An der parlamentarischen Kleinarbeit sollen wir uns nicht beteiligen. Geyer wünscht, daß an Stelle der „verwirrenden Forderung“ nach der Verankerung des Rätesystems und der entscheidenden Mitwirkung die klare Forderung gestellt werde: „Schaffung einer auf dem reinen Rätesystem sich aufbauenden Verfassung der deutschen Einheitsrepublik, Schaffung einer wirtschaftlichen, auf dem Betriebsratsystem aufgebauten Verfassung, die der höheren Organisation der Betriebsräte die Beherrschung und Leitung der Produktion überträgt.“ Er meint weiter:

„Entsprechend der Verfassung müßte der parlamentarische Kampf der Partei sich gestalten, er darf nicht mehr zersplittern in dem Versuch, große grundlegende Gesetze, die sich grundsätzlich gegen das Proletariat wenden — wie die Verfassung —, zu verbessern suchen durch zahllose Einzelanträge, sondern er muß die großen Linien, indem er dem Programm des Bürgertums das Programm des revolutionären Proletariats gegenüberstellt. Alles, was durch Verbesserungsbemühungen erreicht wird, bedeutet ein Kompromiß mit dem Todfeinde des Proletariats. In einer revolutionären oder parteirevolutionären Situation ist keine Zeit für Kompromisse, die nur Sinn haben, wenn sie für lange Zeiträume Gültigkeit besitzen würden.“

Es wird deshalb die Aufgabe des kommenden Parteitages sein, Klarheit zu schaffen über die Anwendung des Parlamentarismus. Die Stellung zu dieser Frage ist eine grundsätzliche, wenn sie unter dem Gesichtspunkt erfolgt, daß der Parlamentarismus

Morgen Mittwoch: Zahlabend in Groß-Berlin und Spandau.

Wir nehmen als selbstverständlich an, daß alles geschieht, am den Nordgefechten baldigst wieder hingestellt zu werden.

Woher auf einmal der Schrei nach dem Mörder? Wo war der Ruf nach den Mördern Liebrechts und Rosa Luxemburgs? Wo bleibt der Schrei nach Urteilsung des zweihunddreißigfachen Mörders Karlov?

Wir warten auf Antwort.

Gjernins Memoiren über den Weltkrieg.

Die Wiener Mittagspost veröffentlicht einen Auszug aus den Memoiren des Grafen Gjernin, die unter dem Titel "Weltkrieg" in den nächsten Tagen erscheinen werden. In den einleitenden Betrachtungen über die Spannung im Jahre 1914 kommt Gjernin zu dem Schlus, daß Frankreich und England den Krieg damals nicht wollten. Dann beleuchtet Gjernin die Rolle des deutschen Botschafters in Wien und nennt ihn den deutschen Frowoski. Rumänien und Italien seien vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Als das größte Unglück bezeichnet Gjernin den deutschen Einmarsch in Belgien. In den folgenden Abschnitten gibt er eine scharfe Charakteristik Franz Ferdinands, der eine unzugewandene und verbißene und von einer fanatischen Antipathie gegen Ungarn erfüllte Person gewesen sei. Seit seine Beziehungen zu Franz Josef kälter wurden, sah er sich mehr und mehr zu Wilhelm II. hingezogen, wenn er auch für einen engen politischen Anschluß an Deutschland nicht zu haben war. Er sah kein Kriegsgefahr gewesen sein und Serbien im allgemeinen feindlich gegenüberstanden. Auch Wilhelm habe mehrmals Zweifel am Ausbruch des Krieges gehabt und die deutsche Kronprinz sei 1917 ausgebrochener Passagier gewesen. In einem folgenden Abschnitt über Rumänien sagt Gjernin, daß die Nachricht von der Ermordung Franz Ferdinands in der ganzen rumänischen Hauptstadt Trauer hervorgerufen habe. Wichtig sei der Umschwung gekommen. Dacia sei niemals neutral gewesen und die Königin sei die Seele der Kriegspolitik gewesen. Man verlangte für die Neutralität Kompensationen in Ungarn, die von Tisza verweigert wurden. Als Gjernin darauf Außenminister wurde, habe er, wie auch der Prinz Hohenzollern, vor dem ungeheueren Ausbruch des Weltkrieges gewarnt.

Das interessanteste Kapitel "Friedensversuche" ist nach der Veröffentlichung in der letzten Zeit schon bekannt geworden. Kurz nachdem die Regierung Nikolaus II. einen Friedensvorschlag ausgetreut hatte, drach die russische Revolution aus. Im Verlauf der dann folgenden Friedensbemühungen erhielt Gjernin von Dr. Michaelis einen Brief, der die weitestgehenden Annahmeforderungen enthielt. Ebenso verlangte die deutsche O. G. B. militärische Kontrolle Belgiens, ferner Mähren und die flandrische Küste. In dem Wissen betitelt Gjernin behauptet Gjernin u. a., daß die Verständigungsversuche durch seine Demission unterbrochen wurden. Als einen der Hauptgegner der austro-polnischen Lösung bezeichnet er Tisza. Während der Friedensverhandlungen drohten die Völker und die Deutschen befürchteten, die deutsche Könnte auf den allgemeinen Frieden eingehen. Hindenburg sandte während dieser Zeit telephonische Ründlich und General Hoffmann telephonisch das Scheitern der Verhandlungen, um auf Weiteres losgehen zu können. Wilhelm II. forderte in einem Telegramm Dänland und Estland. Das war die Stimmung, in der ein Friede geschlossen werden sollte. Aus dem Abschnit "Friede von Bukarest" ist zu ersehen, daß Deutschland die Befreiung nach 6 bis 8 Jahre nach dem allgemeinen Frieden verlangte. In der Schlussbetrachtung spricht sich Gjernin über den Vorkriegsstand von Versailles und über die Weltlage durch die künftige Generation.

Scapa-Flow der Luftflotte.

Folgende halbamtliche Berührungsmeldung macht die Kunde durch die Presse:

Zu der Nachricht, daß von den sechs in England befindlichen deutschen Luftschiffen zwei durch die englischen Belagerungen zerstört worden seien, erfahren wir aus zuverlässiger Quelle, daß von den dort befindlichen Luftschiffen einige schon im letzten Stadium des Kriegszustandes als unbrauchbar abmontiert worden sind. Insofern aber trifft die Meldung zu, als am Tage von Scapa Flow sieben deutsche Luftschiffe von den deutschen Mannschaften zerstört worden sind.

Diese Meldung ist Unsinns oder absichtlich irreführend. Wären die Luftschiffe am Tage von Scapa-Flow in England vernichtet worden, so hätte die englische Presse es doch erfahren und sofort bekanntgegeben. Nein, nicht in England, sondern in Deutschland sind die Zeppelin-Batterien vernichtet worden und zwar aus denselben Hindernissen Bewegungen heraus, die schrittweise" gewordene Offiziere verursachte, die Schlachtfelotte in Scapa-Flow zu berufen.

Bereits in der Bremer Arbeiter-Zeitung" vom 23. Juni habe ich die von keiner Seite dementierte Nachricht: "Wie ich aus zuverlässiger Quelle berichtet wird, wurden in der Zeppelin-Batterie Nr. 2, am 24. Juni in den Nordholzer Zeppelinhallen die Luftschiffe Nr. 2, 4, 41, 42, 43, 44, 45, die laut Kriegsvertrag ausgeliefert werden sollten, von Offizieren und Soldaten aus den gleichen Reihen vernichtet, wie die Schlachtfelotte in Scapa-Flow. Den Waffenstillstandsbedingungen entsprechend, waren die Motoren und Gaszellen entfernt worden, die Luftschiffe auf Gerüsten stehen und an Treppen hängen. In der Nacht vom 23. zum 24. wurden nun die Gerüste entfernt und die Trasse durchgeschnitten, demzufolge die Luftschiffe herunterfielen und zerstört. Eine Kommission aus London hat gestern den Schaden bekräftigt."

Auch vom Flugplatz Althorn (ebenfalls ostpreussische Küste) wurden Bombenverrückte nach England unternommen. Ich habe die Meldung, daß alle dort stationierten Luftschiffe vernichtet worden seien! Auch dieser Meldung ver "Bremer Arb.-Zig." wurde von keiner Seite widerprochen.

Echt bedauerlich, daß nur England, dem diese Luftschiffe als Friedensvertragsauslieferung waren, am Tage der ausstehenden Weiterung den Schwindel merkte und Repressalien

ankündigt. Der Leidtragende ist, wie immer, der deutsche Steuerzahler, der wieder mit Millionen in Goldmark den verschimmelten Ehrenstandpunkt kriegsüberlebender Offiziere zu bezahlen haben wird.

Minderjährige in der Reichswehr.

Genosse Simon (Franken) hat als Mitglied der Nationalversammlung an die Regierung folgende Anfrage gerichtet: "Es hat sich eine größere Anzahl Minderjähriger, darunter 17 bis 18jährige junge Leute, ohne Einwilligung ihrer Eltern zur Reichswehr gemeldet. Doch fehlens der elterlichen Einwilligung wurden diese jungen Leute in der Reichswehr aufgenommen. Wiederholte Eingaben der Eltern an die betreffenden Truppenteile auf Entlassung ihrer Söhne werden entweder nicht beantwortet oder abschlägig beschieden. Ist die Reichsregierung bereit, die Truppenteile anzuweisen, daß sie dem Verlangen der Eltern auf Entlassung ihrer minderjährigen Söhne entsprechen?"

Viele Genossen

vollzogen in den letzten Wochen ihren Beitritt zur Verlagsgenossenschaft "Freiheit" Aber noch längst nicht alle! Darum, Genossen! Treib' aus Werk!

Einen stolzen Bau wollen wir uns mit der Ausgestaltung unseres Unternehmers schaffen, ein sichtbares Zeichen für die Tatkraft der Berliner Arbeiter

Zur Berliner Kohlennot.

Die Schuld des Reichs-Kohlenkommissars.

Die maßgebenden Stellen der Eisenbahn waren sich im Frühjahr vollkommen darüber klar, daß die Kohlenversorgung Berlins nur sichergestellt werden konnte, wenn die Oderschiffahrt bis zur äußersten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit zum Transport herangezogen würde. Die zuständigen Eisenbahnverwaltungen sind dann auch rechtzeitig an den Reichs-Kohlenkommissar herantretend mit dem Ersuchen, einer bevorzugten Wagenstellung für den Oderhafen Geseh zustimmen. Der Reichs-Kohlenkommissar lehnte aber ab und beschwor so die Katastrophe herauf. Welche Kräfte hinter den Kulissen des Kohlenkommissars am Werke waren, zeigt folgende Stelle aus einem Schreiben des Kommissars an die Eisenbahndirektion Rattowitz, in der er die volle Ausnutzung der Oderschiffahrt ablehnte:

Mit für die Ausnutzung der Oberwasserkräfte jedoch fernzulegen durch eine vorzugsweise Wagenstellung, muß ich ablehnen, weil ich sonst die Erfüllung der den Eruben von mir erteilten Aufträge für britische und ihnen vielleicht nicht so zugehende Aufträge nicht erwarten kann. Ich bitte daher, von einem Teil des oberflächlichen Kohlenhandelsgeschäfts Antrag abzulehnen."

Die rechtzeitige und volle Ausnutzung der Oberwasserstraße verhindert zu haben, das ist also das Werk des Reichs-Kohlenkommissars und der hinter ihm stehenden Interessengruppen. Der Kohlenkommissar gibt offen seine Ohnmacht den Kohlenmagnaten gegenüber zu, die einfach nicht mehr liefern würden, falls mehr Kohle aus dem Wasser befördert wird. Und in Anbetracht dieser Tatsache wagt es der Kohlenkommissar, der Presse mangelndes Verantwortlichkeitsgefühl dem Volke gegenüber vorzumerken, weil sie sich erlaubt hat, an seinen Unterlassungen Kritik zu üben!

Die Beamtenvereidigung.

Berlin, 3. September.

Von unabhängiger Seite wird durch M.T.B. folgendes zur Beamtenvereidigung berichtet: Der Beamtenaufschub der "Deutschen Nationalen Volkspartei" hat es für angemessen gehalten, den Beschluß, in dem er die vorgeschriebene Vereidigungsformel als "widerständig und sprachwidrig" bezeichnet, der Reichsregierung zu übermitteln. Er erwartet wohl selbst nicht, daß sich die Regierung auf eine philologische Diskussion über die Bedeutung des Wortes "Treue" mit ihm einlassen werde. Der Sinn der Eidesformel ist klar für jeden, der sie verstehen will und ihr nicht innerlich widerstrebt. Demen, die es mit ihrer Hebergung nicht glauben vereinigen zu können, sich der Weidung zu treuen Dienst zu verpflichten, hat die Reichsregierung durch das Gesetz über die Pensionierung von Reichsbeamten infolge Umgestaltung des Staatswesens" einen ehrenvollen Ausweg geöffnet. Beamte, die sich weigern sollten, den Eid in der vorgeschriebenen Form zu leisten, würden dadurch selbstverständlich ihr Verbleiben im Dienste der Deutschen Republik unmöglich machen.

Die monarchistische Verjudung der Gymnasien.

Dirschberg, 3. September.

Wegen Entfernung der Kaiserbilder sind die oberen Klassen des hiesigen staatlichen Gymnasiums in den Streik getreten

Unruhen in Breslau!

Breslau, 8. September. (M. T. B.)

Infolge von Lebensmittelkrawallen in den letzten Tagen sollte am heutigen frühmarkt jede Zufuhr. Vormittag brachte die Menge, die Schuh- und Bismarckgeschäfte am Bürgerplatz zu plündern. Polizei und Militär griff ein und gab Schreckschüsse ab. Auf dem Bürgerplatz und auf dem Ring sink Maschinen gewehre aufgeföhren. Patrouillen ziehen durch die Straßen. Viele Geschäfte, namentlich Lebensmittel-, Zigaretten- und Schuhgeschäfte, sind geschlossen. Die Markthallen bleiben bis Mittwochabend geschlossen.

Bis zum späten Nachmittage lagen keine Meldungen über Verletzungen vor.

Drohender Ausstand der Pariser Gemeindearbeiter.

Paris, 8. September.

Paris und Umgebung werden von einem Ausstand der Gemeindegeldarbeiter bedroht, der vielleicht schon morgen ausbrechen kann. Es handelt sich um Lohnforderungen. Die Gemeindegeldarbeiter verlangen einen Mindestlohn von 14 Frank 15 Centimes. Die Ausparung in den Pariser Kongressen und Musikhallen ist zum Teil beendet. Es scheint, daß der Streik heute oder morgen gütlich beigelegt werden wird.

Französisch-englische Einigung in der syrischen Frage.

H. N. Gaag, 8. September.

Aus Paris wird gemeldet: Der Konflikt zwischen England und Frankreich in der syrischen Frage scheint so ziemlich beigelegt zu sein. Jedenfalls hat die Frage nach dem Gedanken Austausch zwischen dem britischen General Allenby und dem französischen Vertreter Lorraine eine wesentliche Entspannung erfahren. General Allenby erklärte sich bereit, alles zu vermeiden, was den Respekt der eingeborenen arabischen Bevölkerung für Frankreich vermindern könnte. General Allenby wird jetzt in Paris erwartet, um an den Besprechungen zwischen der französischen Regierung und Lloyd George über diese Angelegenheit teilzunehmen.

Drohender Streik der amerikanischen Stahlarbeiter.

H. N. Gaag, 8. September.

Aus Washington wird gemeldet: Im Zusammenhang mit dem drohenden Streik von 21 Fachverbänden der Arbeiter in der Eisenindustrie, die mit der United Steel Corporation zusammenhängen, hat der Arbeitführer Comper's Wilson gebeten, baldmöglichst eine Konferenz des Direktoriums der Steel Corporation mit den Arbeitern zusammenzubringen. Er fügte hinzu, daß es schwierig sein wird, die Entzifferung der Arbeiter zu beruhigen, die über die Zustände in mehreren Zentren der Stahlerzeugung sehr empört sind. Sie sind insbesondere darüber entzittert, daß auf die Arbeiter ein Druck ausgeübt wird, um sie davon zurückzuhalten, sich dem Stahlarbeiterverband anzuschließen. Wilson hat diese Artegung damit beantwortet, daß er für morgen Dienstag eine Konferenz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern einberufen hat.

Sozialistkongreß in Amerika.

Amsterdam, 8. September.

Breitbarten Radio meldet aus Washington, daß der nationale sozialistische Kongreß gerade Zusammenfassung der sozialistischen Kräfte in der ganzen Welt einen neuen internationalen Sozialistikkongreß einberufen hat.

Einberufung eines antisozialistischen Arbeiterkongresses in Skandinavien.

Das im Juni vom Kongreß der skandinavischen Antisozialisten gebildete Komitee erließ am 28. August im "Politiken" eine von antisozialistischen Parteien Skandinaviens unterzeichnete Einladung zu einem Skandinavischen Arbeiterkongreß, zu dem außer diesen Parteien alle Gewerkschaften und anderen Arbeiterorganisationen Skandinaviens mit sozialistischen oder revolutionären Zielen Vertreter senden sollen. Der Kongreß, der voraussichtlich Mitte November in Stockholm stattfinden wird, soll eine bessere Zusammenarbeit der revolutionären Parteien und Gewerkschaften vorbereiten. Zur Behandlung sind folgende Hauptthemen vorgeschlagen: 1. Die skandinavischen Arbeiterorganisationen und die Weltrevolution. 2. Die Aufgaben der Gewerkschaften, ihre Weisheit und Zweck. 3. Die Arbeiterbewegung und die Sozialisierung. 4. Die inter-skandinavische Zusammenarbeit, die Frage der Errichtung eines inter-skandinavischen Sekretariates.

Neut

DIE MÜNCHENER TRAGODIE

Neut

Entstehung, Verlauf und Zusammenbruch der Räte-Republik München
Mit Bildern des Landgerichtsdirektors Stadelmayr und des Staatsanwalts Hahn

Preis 1,25 M.

Verlagsgenossenschaft "Freiheit"

Professorenversammlung der Berliner Schutzmannschaft gegen die Errichtung der Sicherheitspolizei.

Der Reichsverband der Polizeibeamten Deutschlands nahm am Abend in einer eindrucksvollen Kundgebung im überfüllten Saal des Lehrerbundhauses Stellung zur Errichtung der Sicherheitspolizei.

Der Reichsverband der Polizeibeamten Deutschlands nahm am Abend in einer eindrucksvollen Kundgebung im überfüllten Saal des Lehrerbundhauses Stellung zur Errichtung der Sicherheitspolizei.

Die am 8. September im Lehrerbundhaus von den Delegierten der Polizeibeamten aller Dienstgrade aus allen Provinzen Deutschlands beschlossene Versammlung des Reichsverbandes der Polizeibeamten Deutschlands eroberte entschieden Protest gegen die vom preussischen Ministerium des Innern geplante und teilweise bereits erlassene Militärschutzpolizei.

Die am 8. September im Lehrerbundhaus von den Delegierten der Polizeibeamten aller Dienstgrade aus allen Provinzen Deutschlands beschlossene Versammlung des Reichsverbandes der Polizeibeamten Deutschlands eroberte entschieden Protest gegen die vom preussischen Ministerium des Innern geplante und teilweise bereits erlassene Militärschutzpolizei.

Bürger Schule für die minderbemittelte Bevölkerung.

In einer Versammlung, an der neben den Nachbarn auch die Angehörigen der Regierung teilnahmen, wurde über die künftige Organisation der Subventionierung gesprochen.

der Ausschreibung der Aufträge sollen in erster Reihe die hilfsbedürftigen Familien und das Schulwesen berücksichtigt werden.

Dem Erfolg dieser Maßnahmen wird man sehr skeptisch gegenüberstehen müssen. Nach allen bisherigen Kriegs- und Nachkriegserfahrungen ist auf diesem Gebiete nicht das Beste getan worden.

Gewerkschaftliches.

Gelbe Epistel

Die gelben Angestelltenorganisationen, denen das Wachsen der freigewerkschaftlichen Bewegung unter den Angestellten ein Dorn im Auge ist, benutzen Mittel, um ihren moralischen Zusammenbruch aufzuhalten.

Die gelben Angestelltenorganisationen, denen das Wachsen der freigewerkschaftlichen Bewegung unter den Angestellten ein Dorn im Auge ist, benutzen Mittel, um ihren moralischen Zusammenbruch aufzuhalten.

Wenn die Gelben glauben sollten, durch solche Nachmittationen dem Zentralverband der Handlungsgehilfen Mitglieder abjagen zu können, so werden sie sich sehr irren.

Verband der Steinsetzer, Mafsterer und Berufsgenossen.

Die gut besuchte Generalversammlung beschäftigte sich mit dem Bericht des Vorstandes, Kassierers, der Schlichtungskommission und dem Bericht des Vorstandes, Links gibt den Halbjahresbericht die Mitgliederzahl beträgt 1018.

Die gut besuchte Generalversammlung beschäftigte sich mit dem Bericht des Vorstandes, Kassierers, der Schlichtungskommission und dem Bericht des Vorstandes, Links gibt den Halbjahresbericht die Mitgliederzahl beträgt 1018.

Zentralverband Deutscher Post- und Telegraphenbediensteten.

Am Sonntag fand in den Sophienböden eine hart besetzte Generalversammlung statt, in welcher der Bericht der Delegierten vom Reichstag ordentliches Bundesparlament angenommen wurde.

Fortsetzung des Streiks im chemischen Großhandel.

Nach fünfjähriger Dauer wurde der Kampf im chemischen Großhandel in einer Versammlung der Streikenden am 8. September beendet.

treten. Bei Aufnahme der Arbeit wurden in den meisten Betrieben den Angestellten Besuche vorgelegt, worin sie erklären sollten, daß sie den Schiedspruch fallen lassen.

Als am Sonntag, den 6. September, bei der Handels-gesellschaft Deutscher Apotheker die Aufnahme der Arbeit begonnen sollte, und auch die Arbeiter auf Grund neuer Verträge ein-gestellt werden sollten, erklärten die Arbeiter einstimmig, daß entgegen den Abmachungen ihrer Organisation sie die Arbeit nicht eher wieder aufnehmen würden, als bis auch der letzte Angestellte wieder im Betriebe sei.

Die in einer außerordentlich hart besetzten Streikerversammlung berichtet wurde, ist noch keine Aussicht auf Beendigung des Streiks in den chemischen Bäckereien und Süßwaren.

Fortdauer des Streiks in den chemischen Bäckereien und Süßwaren.

Die in einer außerordentlich hart besetzten Streikerversammlung berichtet wurde, ist noch keine Aussicht auf Beendigung des Streiks in den chemischen Bäckereien und Süßwaren.

Tarifbindung im Eisenhandel.

Die im Deutschen Transportarbeiter-Verband organisierten Lager-, Hofarbeiter, Kutscher usw. aus den Betrieben des Eisens, Stahls und Trägerhandels sowie der Eisenwaren, Leinwand, Holz, Gummi- und Küchengerätehandlungen hatten sich am Freitag in den Zentral-Hallen in äußerst hart besetzter Versammlung vereinigt.

Die Tarifverhandlungen für die kaufmännischen Angestellten des Lebensmittel- und Fleischhandels sind nach fast viermonatigen Verhandlungen endlich zum Abschluss gebracht worden.

Die Tarifverhandlungen für die kaufmännischen Angestellten des Lebensmittel- und Fleischhandels sind nach fast viermonatigen Verhandlungen endlich zum Abschluss gebracht worden.

Die Tarifverhandlungen für die kaufmännischen Angestellten des Lebensmittel- und Fleischhandels sind nach fast viermonatigen Verhandlungen endlich zum Abschluss gebracht worden.

Die Tarifverhandlungen für die kaufmännischen Angestellten des Lebensmittel- und Fleischhandels sind nach fast viermonatigen Verhandlungen endlich zum Abschluss gebracht worden.

